



Caritas Suchthilfe e.V.

Bundesverband der
Suchthilfeeinrichtungen
im DCV

CaSu Info Rundbrief 3/10

27.12.2010

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

zum Jahresende möchte ich mich bei Ihnen, auch im Namen von Frau Strittmatter, ganz herzlich für Ihr Vertrauen und Ihre vielfältige Unterstützung im abgelaufenen Jahr bedanken. Auf die weitere Zusammenarbeit im kommenden Jahr freuen wir uns.

Wir wünschen Ihnen ein ruhiges und gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein erfreuliches Neues Jahr.

Mit herzlichen Grüßen

Stefan Bürkle
Geschäftsführer

Inhalt:

Termine/Veranstaltungen	2
Fortbildungshinweise	2
CaSu intern	3
Info aus dem DCV	5
Fachinformationen	5
Suchtpolitik	6
Info aus der DHS	7
Selbsthilfe und Ehrenamt	8
Service	8
Publikationen	8

Anlagen:

Für Mitglieder und Mitgliedseinrichtungen:

- Vorstandsprotokolle, 07.07.10, 28.10.10
- Antwortschreiben DRV-Bund zu TG/KTL
- Problemanzeige med. Reha von Haftentlassenen

Hinweis: Alle "Links" im Rundbrief können durch STRG und Anklicken sofort erreicht werden

Impressum:

Caritas Suchthilfe e.V. (CaSu)
Bundesverband der Suchthilfeeinrichtungen im Deutschen Caritasverband
Karlstraße 40, 79104 Freiburg, Tel. 0761/200-363, Fax: 0761/200-350
Email: casu@caritas.de, www.caritas-suchthilfe.de
Text: Stefan Bürkle (soweit nicht anders gekennzeichnet)
Gestaltung: Silke Strittmatter

Termine/Veranstaltungen

✓ CaSu-Vorstandstermine 2011

Der Vorstand hat für 2011 bislang die folgenden Termine festgelegt: 18./19.01.11; 09.03.11; 04.10.11; 22.11.11

✓ Arbeitsgruppen in der CaSu

Bisher stehen folgende Termine der fortlaufenden Arbeitsgruppen in der CaSu fest:

AG Drogenarbeit am

13./14.04.11 in der

Fachklinik Weihermühle, Großhabersdorf

05./06.10.11 in der

Drogenberatung Passau

AG Management/Finanzen/Organisation am

05./06.10.11 in der

Klinik Schloss Falkenhof, Bensheim.

AG Niedrigschwellige Hilfen am

13./14.4.2011 in Osnabrück und am

12./13.10.2011 in Mannheim

✓ DiCV-Konferenzen Sucht 2011

Die nächste Konferenz der Diözesanreferenten/innen Sucht findet am **05./06.10.2011** in Erfurt statt.

✓ Wissenschaftliche Jahrestagung buss

Das Thema der kommenden buss-Tagung ist „Therapie als Bausatz – Was macht die Teile zum Ganzen?“ Die Tagung findet vom **23. bis 24.03.11** in Berlin statt.

Weitere Informationen: www.suchthilfe.de

✓ Bundesdrogenkongress fdr

Der Kongress des Fachverbandes Drogen und Rauschmittel ist vom **30. bis 31.05.11** in Berlin.

Weitere Informationen: www.fdr-online.de

✓ 7. Arbeitstagung der Rechtsträger der Unternehmen in der Caritas

Die Tagung zum Thema „Unternehmen Caritas: Wirtschaftliches Handeln in gesellschaftlicher Verantwortung“ findet am **12. und 13.04.11** im Congress Centrum neue Weimarsalle in Weimar statt.

Weitere Informationen: Deutscher Caritasverband, Claudia Siebelt,

Email: claudia.siebelt@caritas.de,

Tel.: 0761 / 200-434

✓ Heidelberger Kongress des Fachverband Sucht (FVS)

Unter dem Titel „Was bleibt? Nachhaltigkeit in der Suchtbehandlung“ findet der Kongress des FVS vom **06. bis 08.06.11** in Heidelberg statt.

Weitere Informationen: www.sucht.de

✓ DHS-Fachkonferenz SUCHT

Die DHS tagt vom **14. bis 16.11.11** in Hamburg.

Weitere Informationen: www.dhs.de

✓ CaSu Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung findet wieder vor den Fachtagen, am **22.11.11**, im Haus Sankt Ulrich in Augsburg statt.

✓ CaSu-Fachtage 2011

Die CaSu wird ihre Fachtagung am **23. bis 24.11.11** im Haus Sankt Ulrich in Augsburg durchführen.

Info und Anmeldung: CaSu, Silke Strittmatter, Tel. 0761 / 200-363,

Email: silke.strittmatter@caritas.de,

Internet: www.caritas-suchthilfe.de

✓ 7. Berliner Suchtgespräch

Der Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe (GVS) führt sein jährliches Suchtgespräch am **01.12.11** in Berlin zum Thema „Freiwilliges Engagement und Suchtselbsthilfe“ durch.

✓ Bundestreffen Tageskliniken

Die Tagung findet am **5. und 6.12.11** statt. Der Ort wird noch bekannt gegeben.

Fortbildungshinweise

Beratungsresistent!? Praktische und ressourcenorientierte Methoden zur Beratung von schwierigen „Fällen“

Seminar vom **10. bis 13. Januar 2011** an der Fortbildungs-Akademie des DCV in Freiburg
Das Seminar richtet sich an Mitarbeiter/innen mit beraterischem und therapeutischem Auftrag in stationären, teilstationären und ambulanten Diensten und Einrichtungen der Caritas.

Leitung: Jochen Leucht,

Tel. 0761 / 200-522,

Email: jochen.leucht@caritas.de

Systemisches Arbeiten in Zwangskontexten: Geschickte Klienten/innen geschickt beraten

Seminar vom **07. bis 10. Februar 2011** an der Fortbildungs-Akademie des DCV in Freiburg.

Ziel des Seminars ist es, komplexe und widersprüchliche Auftragskonstellationen systemisch zu reflektieren und zu prüfen, wie Chancen für gelingende Kooperation in den psychosozialen Beratungsdiensten genutzt werden können.

Das Seminar richtet sich an Mitarbeiter/-innen mit beraterischem und therapeutischem Auftrag in stationären, teilstationären und ambulanten Diensten und Einrichtungen der verbandlichen Caritas.

Leitung: Lothar Hellenthal, Jochen Leucht, Tel. 0761 / 200-522,

Email: jochen.leucht@caritas.de

Phänomen Trauma als Herausforderung für die Sozialarbeit: Seminar für Praktiker/-innen aus der Sozialen Arbeit. Seminar vom **11. bis 13. April 2011** in Bonn - Bad Godesberg.

Leitung: Lothar Hellenthal, Jochen Leucht, Tel. 0761 / 200-522,

Email: jochen.leucht@caritas.de

Weitere Informationen und Online-Anmeldung:

<http://www.fak.caritas.de/36449.asp?detailID=16387&detailSubID=18441&page=1&area=dcv>

Das Sekretariat: Visitenkarte der Einrichtung

Seminar für Mitarbeiter/-innen in Büro und Verwaltung der ambulanten und stationären Suchtkrankenhilfe der Caritas **14. bis 17. Juni 2011** in Freiburg.

Verwaltungskräfte in Sekretariaten der ambulanten und stationären Suchthilfe sind in aller Regel die ersten Ansprechpartner/-innen für Ratsuchende, die oft ängstlich, beschämt und zögerlich Kontakt zur Einrichtung aufnehmen. Damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden können, benötigen sie neben ihrer fachlichen Qualifikation Geschick im Umgang mit – oft schwer belasteten – Menschen, Empathie und psychologische Grundkenntnisse über das menschliche Verhalten. (Text FAK)

Leitung: Ingrid Arenz-Greiving

Kontakt: Email: Barbara.Hummel@caritas.de

Tel.: 0761 / 200-1706

Email: jochen.leucht@caritas.de

Tel.: 0761/200-522

Ein Gefühl der Ohnmacht: Wie die Scham unser Leben bestimmt. Die Bedeutung von Scham und Schamabwehr für die psychosoziale Beratung und Sozialarbeit. Seminar vom **27. bis 29. Juni 2011** in Freiburg.

Leitung: Jochen Leucht, Dr. Stephan Marks
Tel. 0761 / 200-522,

Email: jochen.leucht@caritas.de

Weitere Informationen und Online-Anmeldung:

<http://www.fak.caritas.de/36449.asp?detailID=16382&detailSubID=18436&page=1&area=dcv>

14. Kurs "Systemische Beratung".

Die Weiterbildung ist von der Deutschen Gesellschaft für Systemische Beratung, Therapie und Familientherapie (DGSF) anerkannt. **Kurs in 6 Abschnitten in den Jahren 2011 - 2014.**

Mit Supervisionsgruppen. Einführungstage: 23. bis 24. September 2011 in Freiburg.

Leitung: Lothar Hellenthal, Jochen Leucht, Tel. 0761 / 200-522,

Email: jochen.leucht@caritas.de

Weitere Informationen und Online-Anmeldung:

<http://www.fak.caritas.de/36449.asp?detailID=16379&detailSubID=18433&page=1&area=dcv>



Mitgliederstand

Derzeit sind 99 (101) Träger mit insgesamt 181 (183) Einrichtungen Mitglied in der CaSu.

Aus dem Vorstand

In der Mitgliederversammlung 2010 wurde Norbert Beine, Leiter der ambulanten Suchthilfe im CV Bielefeld für Herrn Dr. Herrmann nachgewählt, der aus beruflichen Gründen aus dem Vorstand ausgeschieden war. Wir begrüßen Herrn Beine sehr herzlich als neues Vorstandsmitglied und wünschen ihm viel Erfolg bei seiner neuen Aufgabe.

CaSu Fachtage 2010 - Tagungsdokumentation

Das Thema „Beziehungs- und Bindungsfähigkeit in der Suchthilfe“ stand im Mittelpunkt der diesjährigen Fachtage am 25./26.11 im Katholisch-Sozialen Institut (KSI) in Bad Honnef.

Die Rückmeldungen der Teilnehmer(innen) zeichnen ein sehr positives Ergebnis für die Veranstaltung.

Die uns vorliegenden Beiträge aus Vorträgen

wie Seminaren finden Sie in der Tagungsdokumentation auf unserer Internetseite unter www.caritas-suchthilfe.de

Arbeitsgruppen (AG) und Projektarbeitsgruppen (PAG) in der CaSu - Kurzüberblick

In der Mitgliederversammlung wurde ausführlich über den Stand der Tätigkeiten und Planungen in den Arbeitsgruppen und Projektarbeitsgruppen berichtet. Hierzu sei auch noch an den Tätigkeitsbericht des Vorstands verwiesen, der den Einrichtungen und Trägern zur Kenntnis zugeschickt wurde.

Im Rundbrief erhalten Sie nun einen Überblick zu den aktuell bestehenden Arbeitsgruppen und Projektarbeitsgruppen sowie kurze Stichworte zu deren derzeitigen Aufgaben und Aufträgen. Unter der Rubrik „Termine“ im Rundbrief finden sie die aktuellen Daten zu den Treffen der Arbeitsgruppen und Projektarbeitsgruppen.

AG Drogenarbeit (Leitung Wolfgang Scheiblich): Eine Arbeitsgruppe der ambulanten und stationären Drogenarbeit. Aus ihr waren die Positionspapiere zum Selbstverständnis der Fachkliniken, die als Therapeutische Gemeinschaften arbeiten wie auch die Abbildung deren Arbeit in der Sprache der KTL hervorgegangen. Aktuell befasst sich die AG, u.a. mit dem Thema der Substitution und den damit verbundenen Konsequenzen für die therapeutische Arbeit.

AG Management/Finanzen/Organisation (Leitung Karl-Heinz Schön): Die AG wird überwiegend von Vertreter(innen) der stationären Suchthilfe genutzt. Vertreter(innen) der ambulanten Einrichtungen sind zur Teilnahme an deren Fachtagen ebenfalls eingeladen. Neben einem regelmäßigen Austausch zu aktuellen belegungsorientierten Problematiken und Fragen der Zuweisung in stationäre Rehabilitation gingen aus der AG auch wesentliche Impulse zur geplanten Marken- und Verbandsentwicklungsprozess in der CaSu hervor.

AG Niedrigschwellige Hilfen (Leitung Fritz Papenbrock): Seit Bestehen dieser Arbeitsgruppe haben sich deren Teilnehmer(innen) mit der Erarbeitung zentraler Grundlagen im Helfefeld befasst. Darunter folgende Themen:

- Grundverständnis und Grundlinien niedrigschwelliger Arbeit,
- Wirkfaktoren niedrigschwelliger Arbeit,
- Regeln und Sanktionen in der niedrigschwelligen Arbeit,

- Standards in der Substitution,
- Personenzentrierte Hilfen und Hilfeplanung im niedrigschwelligen Sektor der Drogenhilfe,
- Aufträge und Einflüsse auf niedrigschwellige Suchtarbeit/das Selbstverständnis in der niedrigschwelligen Suchtarbeit,
- Glossar zur Landschaft der niedrigschwelligen Hilfen in der Suchthilfe der Caritas.

Es bestehen Überlegungen, diese Themenbereiche auch als Reader zu veröffentlichen.

PAG Ambulante Reha Sucht (Leitung Christiane Winterberg): Die PAG wurde vom Vorstand in 2010 neu eingerichtet und beauftragt für die folgenden Punkte Empfehlungen zu erarbeiten:

- Kostendeckende Varianten für die Durchführung der ambulanten Reha Sucht zu prüfen,
- die rechtlichen Anforderungen und erforderliche Qualitätsmerkmale transparent zu machen,
- ein gemeinsames Benchmarking für die CaSu Mitgliedseinrichtungen zu prüfen und ggf. zu entwickeln.

PAG QM zertifizierte Einrichtungen (Leitung Stefan Bürkle): Diese PAG ist mit den Vorbereitungen und weiteren Abwicklungen im Zusammenhang mit der Akkreditierung unseres QM-Systems bei der BAR, wie mit Fragen zur Weiterentwicklung des QM-Systems in der CaSu befasst.

PAG QM ambulante Einrichtungen (Leitung Christiane Winterberg): Der Auftrag an diese PAG ist, insbesondere die sogenannten „kleineren“ Einrichtungen auf ihrem Weg zur Zertifizierungsreife zu begleiten. In der PAG wurde hierzu eine Orientierungshilfe entwickelt, die derzeit abgestimmt wird und veröffentlicht werden soll.

PAG CaSu Fachtage (Leitung Wolfgang Scheiblich): Zentraler Auftrag der PAG ist, Themen für die jährlichen Fachtage zu entwickeln und die Tagung inhaltlich vorzubereiten.

Positionspapiere zur Therapeutischen Gemeinschaft

Die beiden Positionspapiere zu den Fachkliniken, die als Therapeutische Gemeinschaften (TG) arbeiten (Selbstverständnis der Therapeutischen Gemeinschaften und Abbildung der Leistungen der TG in der KTL) wurden mit dem letzten Rundbrief an die Träger/Einrichtungen verschickt.

Inzwischen liegt der CaSu ein umfangreiches Antwortschreiben der DRV-Bund auf die beiden Positionspapiere vor.

Wir legen das Antwortschreiben dem Rundbrief bei, mit der Möglichkeit für die Träger und Einrichtung für sich den Stand ihrer jeweiligen KTL-Anwendung in diesem Hilfesegment zu prüfen.

Darüber hinaus planen wir in der ersten Jahreshälfte 2011 ein Arbeitsgespräch mit der Rentenversicherung, das u.a. unsere Vorschläge zur Erweiterung der KTL zum Gegenstand haben soll.

Zuweisung für stationäre Einrichtungen in der CaSu

In der CaSu wurde in der AG Management/Finanzen/Organisation ein Vergleich der Zuweisungsstatistiken für das Jahr 2009 durchgeführt, an der sich 16 Kliniken beteiligt hatten. Darin wurde unterschieden zwischen Fachkliniken, die zu einem Träger/Verbund mit eigenen Beratungsstellen, wie ohne eigene Beratungsstellen, gehören. Zentrale Schlussfolgerungen aus der Befragung, wie in der Mitgliederversammlung berichtet, waren:

- Die Kliniken kooperieren mit regionalen Netzwerken.
- Die Zuweisung erfolgt vielfältig, sowohl über Beratungsstellen der Caritas wie Beratungsstellen anderer Wohlfahrtsverbände und über weitere Fachstellen.
- Die Zuweisung in Fachkliniken aus Beratungsstellen der Caritas, die nicht zum Träger oder Verbund der Klinik zählen, ist eher gering. *Interessierte finden die Ergebnisse im CariNet oder können sie über die Geschäftsstelle anfordern.*

Info aus dem DCV

AG medReha

Die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege haben beschlossen, eine AG medReha auf Wohlfahrtsebene zu gründen. Eine zentrale Aufgabe dieser AG wird sein, zunächst die rechtlichen Handlungsoptionen auf der Grundlage des SGB IX zu prüfen und auszuloten.

Es ist vorgesehen, mit der bereits bestehenden AG med Reha zu kooperieren und mit den relevanten Fachorganisationen/ Fachverbänden den kontinuierlichen Fachaustausch zu suchen.

Projekt Katamnese ambulante Reha Sucht:

In 2010 haben Caritas und Diakonie (Gesamtverband Suchtkrankenhilfe, GVS) ein Projekt zur Entwicklung und Einführung von Katamnese für die ambulante Reha Sucht begonnen.

Die Auswertung der projektvorbereitenden Befragung soll bis Dezember 2010 vorliegen und obliegt der Firma Redline DATA, die auch für die Durchführung der Katamnese im Gespräch ist. Auf dieser Datengrundlage sollen entsprechende Einrichtungs-Samples für die Durchführung des Katamneseprojektes zusammengestellt werden. Basis der Katamnese wird vermutlich der Deutsche Kerndatensatz sein. Der Vorstand der CaSu ist in die Erstellung der Unterlagen zur Befragung wie auch die weiteren Schritte des Projektes eingebunden.

Handreichung „Vernetzungsfragen“

Die Zielsetzung im Fortsetzungsprojekt zur Entwicklung einer Handreichung „Vernetzungsfragen“ ist die systematisierte Darstellung von Kooperation und Vernetzung an verschiedenen Schnittstellen, z.B. ambulante/stationär, Wohnungslosen- und Suchthilfe etc. Dabei sollen typische Fallkonstellationen identifiziert und praxisorientiert beschrieben werden. Als Endprodukt soll bis Sommer 2011 eine Handreichung zur praktischen Darstellung von Vernetzung und Kooperation entwickelt werden. Der CaSu-Vorstand ist in die Entwicklung der Handreichung „Vernetzungsfragen“ eingebunden.

Fachinformationen

Krankenversicherungsschutz Haftentlassener bei Therapiebeginn

Über die Ergebnisse der Umfrage der Suchtverbände zum Thema haben wir im Rundbrief 1/2010 berichtet. Darin wurde unter anderem deutlich, dass Drogenabhängige aus der JVA zu 53,9 % bei Beginn der Therapiemaßnahme keinen KV-Schutz haben.

Inzwischen fanden weitere Maßnahmen zur Verbesserung der schwierigen Situation für die Betroffenen entwickelt und eingeleitet:

- Über die bundesweiten Suchtverbände wurde eine Problemanalyse erarbeitet, die demnächst in der Fachzeitschrift Konturen publiziert wird.

- In Gesprächen mit der DRV-Bund und der Bundesdrogenbeauftragten wurde auf die Problematik hingewiesen.
- Die DRB-Bund hat die sozialrechtlichen Grundlagen geprüft und im Rahmen der regelmäßigen Abstimmungen mit dem Spitzenverband Bund der GKV auf den erforderlichen Handlungsbedarf hingewiesen.
- In den Wohlfahrtsverbänden wurde die Thematik mit den Fachbereichen Straffälligenhilfe erörtert.
- Eine Kurzfassung der Problemanzeige wurde über die zuständigen Landesreferenten des Diakonischen Werkes an die Landesjustizministerien geschickt.

Medizinische Reha von Haftentlassenen nach § 35 BtMG und § 57 StGB – Ablehnung von Kostenanträgen für die medizinische Reha für Inhaftierte

Die Möglichkeit für Inhaftierte vor endgültiger Verbüßung ihrer Strafe eine therapeutische Reha-Maßnahme zu beginnen ist enorm erschwert worden.

Rentenversicherungsträger lehnen die Kostenübernahme bei Strafvollzug, Untersuchungshaft und vergleichbaren Gründen ab. Die Konsequenz aus dem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom August 2010 hat dazu geführt, dass Drogenabhängige länger in Haft bleiben müssen und eine Zurückstellung der Strafvollstreckung nach § 35 BtMG in diesen Fällen nicht mehr möglich ist.

Aus dem Vorstand der CaSu wurde eine Problemanzeige formuliert, die mit den bundesweit tätigen Suchtverbänden abgestimmt werden soll, um gemeinsam gegen die bestehende Problematik vorzugehen.

Die Problembeschreibung der CaSu finden Sie als Anlage zum Rundbrief.

Pathologisches Glücksspielen

Angestoßen durch das EuGH-Urteil zum Glücksspielmonopol vom 8. September 2010 bahnen sich derzeit unterschiedliche Entwicklungen für die weitere Gestaltung des Glücksspielwesens, wie der -prävention an.

Im Urteil wurde das Staatsmonopol an Sportwetten und Lotterien in Deutschland als nicht mehr gerechtfertigt bewertet. Insbesondere wurde bemängelt, dass das Ziel der Bekämpfung der mit Glücksspielen verbundenen Gefahren nicht in kohärenter und systematischer

Weise verfolgt würde.

Suchtpolitik

Petition Glücksspielsucht

Die öffentliche Petition des Fachverbandes Glücksspielsucht zur Verbesserung des Spielerschutzes beim Automatenpiel in Gaststätten und Spielhallen wurde angenommen und kann bis **11.01.2011** unterzeichnet werden.

Sie können die Petition durch Ihre Unterschrift unterstützen.

<https://epetitionen.bundestag.de/> ID 15300

Text der Petition

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die Bevölkerung künftig effektiver vor den wachsenden Gefahren des Glücksspiels in Gaststätten und Spielhallen zu beschützen. Die dort aufgestellten Geräte sollten entschärft werden, indem die Spieldauer der Geräte erheblich verlängert wird (derzeit 5 Sek.), die Gewinn- und Verlustmöglichkeiten deutlich reduziert werden und das Umwandeln von Geld in Punkte (und umgekehrt) verboten wird. Kommunen sollten künftig die Ansiedlung von Spielhallen ablehnen können.

Begründung

Die Glücksspielsucht hat sich in den letzten Jahren ausgebreitet. Als besonders gefährlich gelten nach einhelliger Meinung aller Experten die Geldspielautomaten in Gaststätten und Spielhallen, die der Gewerbeordnung unterliegen und in der Spielverordnung geregelt sind. Ca. 70% der Klienten, die aufgrund einer Glücksspielsucht eine Selbsthilfegruppe, eine Beratungsstelle oder eine Fachklinik aufsuchen, sind abhängig von diesen Geräten. Im Vergleich zu den anderen Suchtformen ist die Glücksspielsucht eine besonders teure Sucht. So sind Glücksspielsüchtige beispielsweise höher verschuldet als Drogenabhängige. Auch die Schwere der Störung ist Besorgnis erregend. So findet sich hier -wieder im Vergleich zu anderen Suchterkrankungen- die höchste Suizidrate. Staatliche Glücksspielangebote (Lotto, Sportwetten, Spielbanken etc.) werden seit Inkrafttreten des von den Bundesländern beschlossenen Glücksspielstaatsvertrages (GlüStV) streng reglementiert. Die Anbieter haben diverse Auflagen zu erfüllen (Begrenzung des Angebotes, Werbeverbot, Einrichtung eines Sperrsystems, Verbot von Internetglücksspielen, Entwicklung von Sozialkonzept-

ten etc.) und müssen ihr Angebot an der Prävention der Glücksspielsucht ausrichten. All dies gilt nicht für das bekanntermaßen gefährliche Automatenpiel. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat erst im September die Kohärenz des deutschen Glücksspielrechtes in Frage gestellt, weil das bundesrechtlich organisierte Automatenglücksspiel in Spielhallen und Gaststätten -insbesondere im Hinblick auf seine unbestrittene Gefährlichkeit- vergleichsweise liberal reguliert ist. Der Bundesgesetzgeber sollte das Automatenpiel so regulieren, dass die Suchtgefahren deutlich sinken. Außerdem sollte den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, die Ansiedlung von Spielhallen aus Gründen des Schutzes der Allgemeinheit, abzulehnen. Es gibt inzwischen viele Kommunen, die eine enorm hohe "Versorgung" mit Geldspielautomaten aufweisen. Im nordrhein-westfälischen Ahaus teilen sich beispielsweise 149 Bürger ein Geldspielgerät, in Euskirchen sind es 191 Geräte und in Herford 251. Nur der Vollständigkeit halber sei erläutert, dass es sich hier um statistische Mittelwerte handelt. Unter den 149 Bürgern in Ahaus beispielsweise sind auch Kinder, Jugendliche und alte Menschen, die keine Spielhallen aufsuchen bzw. nicht an Spielgeräten in Gaststätten spielen. Es ist bekannt und hinreichend belegt, dass ein kleiner, gut regulierter Glücksspielmarkt die Bevölkerung am besten vor den Gefahren der Glücksspielsucht schützt. Das Allgemeinwohl und insbesondere die Vermeidung von Gesundheitsschädigungen sollten Leitlinie bei der Novellierung der Spielverordnung sein. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Sportwettenurteil (28. März 2006) die Vermeidung und die Abwehr von Suchtgefahren als ein überragend wichtiges Gemeinwohlziel bezeichnet. Dies sollte auch für den Bereich des gewerblichen Automatenspiels gelten.

Fachverband Glücksspielsucht e. V.

Arndtstraße 10
32052 Herford
fon: 05221/ 10 226 70,
fax: 05221/ 10 226 80

Links zu weiteren Informationen und Stellungnahmen im Thema:

Fachstelle Glücksspielsucht der Caritas Neuss
www.gluecksspielsucht.net
Fachverband Glücksspielsucht (fags)
www.gluecksspielsucht.de

Fachbeirat Glücksspielsucht: Unabhängiger
Fachbeirat zur Beratung der Länder
www.fachbeirat-gluecksspielsucht.de
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung:
www.spielen-mit-verantwortung.de/startseite/
Fachverband Drogen und Rauchsmittel (fdr)
www.gluecksspielsucht.info
Hessische Landesstelle für Suchtfragen
www.hls-online.org

Info aus der 

Bundesprojekt „Eltern aktiv“

Mit einem entsprechenden Bundesprojekt – gefördert durch das Bundesministerium für Gesundheit – wollen die DHS und die LWL-Koordinierungsstelle Sucht beunruhigte Eltern unterstützen. Zielsetzung des Projektes ist, sowohl die Eltern Suchtmittel konsumierender Jugendlicher wie auch über sie schädlich konsumierende Jugendliche selber frühzeitiger zu erreichen und auch angemessener zu unterstützen. Dabei sollen hemmende Barrieren, die Eltern davon abhalten, professionelle Hilfeangebote zu nutzen, aktiv abgebaut werden. In diesem Hilfeangebot erhalten die Eltern ein auf sie zugeschnittenes Angebot von systematischen Einzelgesprächen, Elterninformationsabenden bis hin zu Gruppenangeboten. Der Flyer „Rauschmittelkonsum im Jugendalter – Tipps für Eltern“ kann über die DHS unter rummel@dhs.de bestellt werden.

Fachkonferenz der DHS 2010 - Tagungsdocumentation

Unter dem unten stehen link stehen Vorträge und Beiträge zur Fachkonferenz der DHS zur Verfügung.

www.dhs.de/dhsveranstaltungen/rueckschau/fachkonferenzen.html

Deutscher Kerndatensatz

Eine Aktualisierung des zugehörigen Manuals zum Deutschen Kerndatensatz liegt vor und ist auf der Internetseite der DHS zu finden
www.dhs.de

Aktionswoche 2011: „Alkohol? Weniger ist besser!“

Die nächste Aktionswoche Alkohol findet vom **21.-29. Mai 2011** statt. Ihr Motto entspricht den

Wünschen vieler Aktiver im vergangenen Jahr: eindeutig, prägnant, realistisch.

Die Aktionswoche 2011 wird bewährte Elemente aus dem vergangenen Jahr (Homepage, Newsletter, Z-Card) aufgreifen und diese fortentwickeln. Die Aktionswoche will auch in diesem Kampagnenjahr möglichst viele Menschen für den eigenen Alkoholkonsum sensibilisieren und zu einem gesundheitsbewussten Konsum motivieren.

Über die neue Homepage sind alle wichtigen Neuigkeiten zur Aktionswoche zu finden. (www.aktionswoche-alkohol.de).

Selbsthilfe und Ehrenamt

DHS Aktuelle Mitteilung des GKV Spitzenverbandes zur Kontoregelung für Gruppen – Selbsthilfeförderung nach § 20 c SGB V und Mittelweiterleitung
GKV- Spitzenverband legt fest, dass die Kontoregelung im Leitfaden – Pkt. 4.3 bestehen bleibt.

Der GKV-Spitzenverband hat ein aktuelles Rundschreiben zur Kontoregelung – zur ergänzenden Fördervoraussetzung für die örtlichen Selbsthilfegruppen - an die Krankenkassen versandt.

Darin heißt es ausdrücklich, dass **Unterkonten eines Girokontos als nicht rechtssichere Lösung** bezeichnet werden muss.

Der GKV-Spitzenverband hat zu dem Punkt 4.3. des Leitfadens Selbsthilfeförderung – letzte beiden Spiegelstriche – ab sofort **folgende Neufassung** verfasst: **Benennung eines nur für die Zwecke der Selbsthilfegruppe gesonderten Kontos**

- nicht verbandlich organisierte Gruppen benennen grundsätzlich ein von einem Gruppenmitglied für die Gruppe eingerichtetes Treuhandkonto oder ein Konto, das für die Gruppe als Gesellschaft bürgerlichen Rechts eingerichtet wurde.
- Selbsthilfegruppen, die unselbständige Untergliederungen von rechtsfähigen Bundes-, Landes- oder Regionalverbänden sind, benennen ein (Unter-) Konto des Gesamtvereins, dessen Gliederung sie sind, das für die jeweilige Untergliederung angelegt wurde und über das sie in voller Höhe verfügen kann.

Es wird eine Übergangszeit geben für nicht verbandlich organisierte Selbsthilfegruppen. Die Verwendung von Giro oder auch Unterkonten von Girokonten kann hier aus Sicht des GKV-Spitzenverbandes allenfalls noch bis zur nächsten Überarbeitung des GKV-Leitfadens (geplant in 2011) toleriert werden.

Wir empfehlen aber dringend sämtlichen Selbsthilfegruppen von der Nutzung privater Girokonten Abstand zu nehmen. Nur durch die Einrichtung von (Unter-) Konten des Selbsthilfe-Verbandes bzw. für nicht verbandlich organisierte Selbsthilfegruppen entsprechend die Einrichtung eines Treuhandkontos oder eines Kontos für die Gruppe als Gesellschaft bürgerlichen Rechts kann eine Rechtssicherheit aller Beteiligten gewährleistet werden.

Ein wesentliches Risiko bei privater Kontoführung von verbandlich organisierten Gruppen besteht in der Gefährdung der Gemeinnützigkeit des gesamten Bundes-/ Landesverbandes.

Mit dieser Neuregelung durch den GKV-Spitzenverband gibt es mehr Rechtssicherheit für alle Antragsteller im Umgang mit öffentlichen Geldern und die so ergänzten Fördervoraussetzungen schaffen Klarheit.

Hamm, den 18.08.2010

Service

Komasaufen bei Jugendlichen – DAK Auswertung

Die DAK hat die Daten der Statistischen Landesämter in Bezug auf das Komasaufen bei Jugendlichen ausgewertet. Über die unten stehende Webadresse können Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer gefunden werden.

<http://www.presse.dak.de/ps.nsf/SearchResult?open-form&Query=Komasaufen&SAK=1&SA=1&SF=1&Start=1&Count=50>

Publikationen

Generation Alkopops

Jugendliche zwischen Marketing, Medien und Milieu

Jugendliche sind arbeitslos, gewaltbereit, ohne jede Moral, nehmen Drogen und sind vor allem Komasäufer... Das ist zumindest das Bild von Kindern und Jugendlichen, das medial vermit-

telt wird. Wie sieht es aber in der Realität von Jugendlichen aus? Die Autorinnen und Autoren geben mit ihren Beiträgen Impulse, die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen differenzierter wahrzunehmen. Sie eröffnen Perspektiven und geben Arbeitshinweise für die Weiterentwicklung und Gestaltung von Präventions- und Hilfeangeboten in der täglichen Arbeit. (Text Lambertus-Verlag)

Herausgeber: Gabriele Bartsch, Dr. Raphael Gaßmann, Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V. in Hamm.

Lambertus 2010, ca. 200 Seiten, kartoniert ca. € 21,00 / SFr 31,90, ISBN 978-3-7841-2006-5

Rückfallprävention für Chronisch Mehrfachgeschädigte Abhängigkeitskranke

Das Rückfallrisiko ist für Chronisch Mehrfachgeschädigte Abhängigkeitskranke (CMA) aufgrund der Chronifizierung der Abhängigkeit um ein Vielfaches höher als bei anderen Abhängigen. Deshalb ist dauerhafte Abstinenz von entscheidender Bedeutung. Ausschlaggebend dafür ist die Rückgewinnung sozialer Integration. Wegen der Besonderheit der Situation von CMA geht es insbesondere um die Integration in soziale Beziehungen, die Abstinenz fördernd sind, und möglichst zu Personen, die selbst abstinent leben. Die Autoren vertreten die Auffassung, dass gewisse kognitive Fähigkeiten vorhanden sein müssen, um Abstinenz fördernde Anreize aus den sozialen Beziehungen aufzunehmen und für die Selbststeuerung zu verarbeiten. Daraus ergeben sich die zwei Schwerpunkte dieses Buches: der Einfluss von Therapie auf die kognitive Konstitution der CMA und die Organisation sowie die Erfahrungen mit Außenwohngruppen. (Text Lambertus-Verlag)

Hans-Jürgen Leonhardt, Kurt Mühler

Rückfallprävention für Chronisch Mehrfachgeschädigte Abhängigkeitskranke

*ISBN 978-3-7841-2012-61. Auflage, Dezember 2010, Kartoniert/Broschiert, 204 Seiten
20,90 € (D), 31,90 Fr. (CH)*